

FDP Fraktion Pohlheim · Gießener Str. 22 · 35415 Pohlheim

Stadt Pohlheim  
**Stadtverordnetenvorsteher der  
Stadtverordnetenversammlung**  
Ludwigstraße 31  
35415 Pohlheim

## Grundsteuerbremse | Aufkommensneutralität der Grundsteuer schaffen

Pohlheim, 16. Dezember 2019

**Fabian Schäfer**  
Fraktionsvorsitzender

Fabian\_Schaefer@gmx.net

**FDP Fraktion Pohlheim**  
c/o Fabian Schäfer  
Gießener Str. 22  
35415 Pohlheim

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

ich bitte um Aufnahme des nachfolgenden Antrags auf die Tagesordnung der kommenden Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Im Rahmen einer Selbstverpflichtung zu gewährleisten, dass die Hebesätze nach Inkrafttreten der Reform der Grundsteuer so anzupassen sind, dass das Aufkommen aus der Grundsteuer maximal konstant bleibt und Abweichungen hiervon in Einzelfällen detailliert zu begründen sind.**

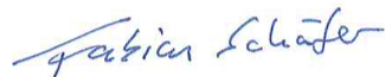
### Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 10. April 2018 (Az.: 1 BvL 11/14) entschieden, dass die jahrzehntealten Vorschriften zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage zur Grundsteuer (Einheitswert) mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Grundgesetzes nicht vereinbar sind. Dem Gesetzgeber wurde eine Frist bis zum 31. Dezember 2019 eingeräumt, innerhalb der eine mit den Vorschriften des Grundgesetzes vereinbare Reform der Einheitswertermittlung als Gesetz verabschiedet sein muss. Innerhalb einer weiteren Frist von 5 Jahren müssen die Einheitswerte aller betroffenen Grundstücke auf der Basis der neuen Regelungen neu ermittelt werden.

Die Neuregelung muss möglichst unbürokratisch erfolgen und der Aufwand für die Bürger, aber auch für die Unternehmen und die Verwaltung muss überschaubar und vor allem nachvollziehbar sein. Wegen der Neuberechnung der Einheitswerte wird es zwangsläufig zu Gewinnern und Verlierern der Reform kommen. Politiker aller demokratischen Parteien im Bundestag versichern immer wieder, dass die Neuberechnung der Einheitswerte nicht zu einer Steuererhöhung innerhalb der Kommunen führen dürfe. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn die

Kommunen ihren über das Hebesatzrecht bestehenden Einfluss nicht für Steuererhöhungen nutzen.

Es gehört zur Aufgabe der Parteien in der Kommunalpolitik, zu beweisen, dass die Versprechen zur Entbürokratisierung, der Vereinfachung des deutschen Steuersystems und der Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform keine reinen Lippenbekenntnisse sind.



**Fabian Schäfer**  
Fraktionsvorsitzender  
FDP Fraktion Stadtverordnetenversammlung Stadt Pohlheim